

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Druckerschrift
Tagesblatt Rieser
Juni 1938
Postfach Nr. 53

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmanns
zu Großhain bezugsfähig bestimmte Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Rieser
und des Hauptpostamtes Weiden

Postfach Nr. 53
Weiden 1530
Circuloffiz
Rieser Nr. 53

Nr 137

Mittwoch, 15. Juni 1938, abends

91. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenrate (6 aufeinanderfolgende Nr.) 55 Pfg., Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gesetzte 48 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 9 Pfg., die 30 mm breite, 8 gesparte mm-Zeile im Textteil 25 Pfg. (Grundchrift: Zeit 8 mm hoch). Bistagegebühr 27 Pfg., tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Bekanntmachung oder fernmündlicher Abänderung einzelner Anzeigentexte oder Probeabzüge schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus Mängeln nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 4. Bei Konkurs oder Zwangsvergleich wird etwa schon bewilligter Nachlass hinfällig. Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung und Gerichtsstand ist Rieser. Höhere Gewalt, Betriebsstörungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Rieser, Goethestraße 53.

5. Jahrestagung des Deutschen Gemeindetages im Haus der Flieger

W Berlin. In der Reichshauptstadt ist heute der Deutsche Gemeindetag zu seiner 5. Jahrestagung zusammengetreten. Diese erhält ihre besondere Bedeutung dadurch, daß zum ersten Male im wiedererstandenen Großdeutschem Reich die österreichischen Gemeinden vertreten sind. Nach der feierlichen Grundsteinlegung des neuen Dienstgebäudes des Deutschen Gemeindetages an der Ost-West-Straße am Dienstag vormittag und einem Konzert in der Stadthalle am Abend wurde heute Mittwochs im Großen Saal des Hauses der Flieger die Jahrestagung feierlich eröffnet. Im Mittelpunkt dieser Arbeitstagung standen die Ausführungen von Reichsminister Fried und Reichsleiter Goebbels, die von den Vorsitzenden der Landes- und Provinzialverbände des Deutschen Gemeindetages grundlegende Fragen der Kommunalpolitik und Schulfragen behandelten.

Eröffnet wurde die Tagung durch den Vorsitzenden des Deutschen Gemeindetages, Reichsleiter Oberbürgermeister Richter, der eingangs des fürstlich verkörperten ältesten nationalsozialistischen Bürgermeisters Fritsch den Dank aus sprach. In Ehren dieses verdienten Kämpfers erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen. Reichsleiter Richter konnte dann unter der großen Reihe von Ehrenvätern zahlreiche Vertreter von Staat und Partei, der Wehrmacht und des Reichsarbeitsministers begrüßen. Als der Reichsleiter betonte, es sei ihm eine besondere Freude, zum ersten Male in der deutschen Geschichte die Kameraden aus dem deutschen Ostmark willkommen heißen zu können, wurde diese Erklärung mit lebhaftem Beifall unterstrichen. Nach der Vereisung eines Begrüßungstelegramms an den Führer sprach als erster Redner

Reichsminister Dr. Fried

Dr. Fried u. a. aus:
Die Jahrestagung des Deutschen Gemeindetages steht in diesem Jahre im Zeichen der weltgeschichtlichen Zeit unseres Führers, die am 12. März durch die Wiedererrichtung Ostmark zum Reich eingeleitet ist; keine Gemeinden haben in der großen Familie nationalsozialistischer deutscher Gemeinden. Die Eingliederung der österreichischen Gemeinden in die deutsche Selbstverwaltung stellt uns für die nächsten Wochen und Monate eine Reihe bedeutender und schwieriger Aufgaben.

Wenn wir zunächst den allgemeinen Aufbau der Selbstverwaltung in den österreichischen Ländern betrachten, so ist für uns im Reich die auffallendste Erscheinung wohl die, daß sich in Ostmark ein irgendwie nennenswertes kommunales Leben über den Gemeinden kaum ausgebildet hat. Vor allem in der Ebene unserer Landkreise fehlt es durchweg an einem Selbstverwaltungsträger; und das ist nicht ohne Einfluß geblieben auf die staatliche Verwaltungstätigkeit der Bezirksbehörden.

Nach der kommunalen Seite hin liegen die Verhältnisse in den österreichischen Ländern wie in manchen Teilen des Reiches so, daß die kleine Gemeinde, abgesehen von den wirtschaftlichen Organen der Landeshauptstadt, außer Acht gelassen wird. Die kleine Gemeinde ist aber nicht in der Lage, all die Aufgaben aus eigenen Kräften und mit eigenen Mitteln durchzuführen, die zum Wohle der örtlichen Gemeinschaft erfüllt werden müssen. Diese Lasten hat im Reich die ständig wachsende Bedeutung unserer Landkreise geführt, die im praktischen Werden und durch die Gesetzgebung immer mehr zu Trägern überörtlicher Aufgaben entwickelt worden sind. Es wird deshalb darauf ankommen, sobald als möglich gerade an diesem Punkte anzusetzen und in der Ebene der bisherigen Bezirksbehörden nach und nach eine Selbstverwaltungsträger zu schaffen.

Die Vereinigung staatlicher Verwaltung und kreis-kommunaler Selbstverwaltung in der Hand unserer Landkreise ist eine der glänzendsten Schöpfungen unserer deutschen Verwaltungsgeschichte.

Die zweite Frage, deren Lösung wir alsbald näher treten werden, ist die der Anpassung der Verwaltungsform der österreichischen Gemeinden an die der deutschen Gemeinden. Ich hoffe, daß dieser Schritt schon am 1. Oktober d. J. getan werden kann, daß schon zu diesem Zeitpunkt an die Stelle des äußerst vielfältigen österreichischen Landesrechts einheitliches deutsches Reichsrecht treten kann. Es ist selbstverständlich, daß es uns bei diesem Schritt nicht nur darum zu tun ist, einheitliches Recht auf einem bestimmten Lebensgebiet zu schaffen. Wir sind vielmehr davon überzeugt, daß mit der Einführung der Deutschen Gemeindeordnung in Ostmark den Gemeinden eine Verwaltungsform geben, deren Güte durch nichts besser bewiesen werden kann, als durch die erfolgreiche Arbeit, die die deutschen Gemeinden in den letzten Jahren geleistet haben.

Die Einführung der Partei auch in die Verwaltung der Gemeinden war für uns bei Schaffung der Deutschen Gemeindeordnung eine Selbstverständlichkeit. Die NSDAP ist die den Staat tragende Bewegung. Die Staatsführung kann deshalb nicht anders als nach den politischen Zielen dieser Bewegung ausgerichtet sein.

Nach für die Staatsführung gilt, muß ebenso für jede im Staate ausgeübte Verwaltungstätigkeit maßgebend sein. Daraus ergab sich von selbst die zwingende Notwendigkeit, auch im Bereich der Gemeinden den Einfluß der Gemeindeverwaltung mit der Partei zu sichern. Dieser

Einbau der Partei mußte auf der anderen Seite aber in Uebereinstimmung gebracht werden mit dem Grundgedanken eines klaren Führungsverhältnisses in der Verwaltung.

Rein ist für die österreichischen Gemeinden ferner die unbedingte Führerstellung, die wir in der Deutschen Gemeindeordnung dem Bürgermeister eingeräumt haben. Er allein habe die Entscheidungen zu treffen, trage aber auch die volle Verantwortung. Dieser einzigartigen Stellung entsprechend seien auch die Anforderungen, die an den Bürgermeister gestellt werden müssen, denen nur der beste Mann gewachsen sein könne. Das ist der Mann, der unbedingte nationalsozialistische Haltung mit wirklichem Können und freier Einsatzbereitschaft verbindet.

Es muß immer wieder betont werden, daß Führertum auch in der Gemeinde sich keinesfalls darin erschöpft, unfähig zu sein die Erfordernisse der Gemeinschaft zu kommandieren und zu befehlen. Gemäß verlangen wir von unseren Bürgermeistern klare Entscheidungen. Sie müssen aber geboren sein aus der freien Verbindung des Bürgermeisters mit der ihm anvertrauten Gemeinschaft, getragen sein von dem Vertrauen dieser Gemeinschaft. Deshalb muß er die ihm zur Beratung beigegebenen Gemeinderäte oder Ratsherren so heranziehen, daß sie für ihn wirklich die Brücke zum Volk werden.

Die dritte Frage, die die Wiedervereinigung Ostmark auf der Seite der Gemeinden in unser Blickfeld rückt, geht von der Grundkenntnis aus, daß Selbstverwaltung, ausreichende Finanzsicherung der Gemeinden und eine richtig bemessene eigene Finanzveranlagung in untrennbarer Zusammenhänge stehen. Nicht ist deshalb, auch diesen Gemeinden sobald als möglich die finanziellen Grundlagen zu schaffen, die wir in mehrjähriger Aufbauarbeit den deutschen Gemeinden gegeben haben.

Die Hausarbeit in Ostmark, insbesondere auch in den österreichischen Gemeinden, kann selbstverständlich nicht — auch nicht im Wege sogenannter Patenschaften — von einzelnen Gemeinden getragen werden; sie wird vielmehr darüber bestehen bei uns feinerer Verantwortungsbewusstheit, die Leistungskraft des ganzen deutschen Volkes hinter sich sehen; sie wird deshalb an das Reich besondere An-

forderungen stellen, die zu den ohnehin gewaltigen Leistungen hinzutreten, die die großen nationalen Aufgaben des deutschen Volkes unabwiesbar bedingen.

Die außerordentlichen Anforderungen, die zur Bewältigung dieser Aufgabe gemacht werden müssen, werden die Finanzlage unserer deutschen Gemeinden nicht unberührt lassen können. Wir sind uns von jeder darüber klar geworden, daß alle Träger öffentlicher Finanzwirtschaft in Deutschland eine große Schicksalsgemeinschaft bilden. Es wird deshalb in Kürze an die Gesamtheit der Gemeinden die Notwendigkeit herangetragen, auf gewisse Einnahmequellen zugunsten des Reiches zu verzichten, weil das Reich die aus ihnen fließenden Mittel für wichtige Zwecke unabwiesbar benötigt.

In dem Werk der Deutschen Gemeindeordnung haben sich Führer und Reichsregierung unambig und unabweisbar zum Gedanken gemeinsamer Selbstverwaltung bekannt. In unermüdlicher Arbeit ist auf dieser Grundlage durch Ihre Aufopferung, meine Bürgermeister und Landräte, durch den Einsatz des Deutschen Gemeindetages als des Vertreters der deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände und durch die lenkende Hand der staatlichen Behörden ein nationalsozialistisches Gemeinleben erwachsen, auf dessen Leistungen wir mit Recht stolz sein können.

Schweres Eisenbahnunglück in Japan

K Tokio. (Chauffeurdienst des DRB.) In der Provinz Chiyama ereignete sich ein furchtbares Eisenbahnunglück. Bisher sind 18 Todesopfer des Eisenbahnunglücks geborgen worden. Unter den Toten befinden sich 16 Schulfrauen. Es wurden ferner 55 Schwerverletzte und über 100 Leichtverletzte gezählt.

Das furchtbare Eisenbahnunglück ereignete sich am Mittwoch morgen gegen 4 Uhr bei Sumayama zwischen Chiyama und Koto. Der Bahndamm war an der Unfallstelle ansehnend durch Regen unterwaschen.

„Ich glaube an ein ewiges Deutschland und damit auch an seine Hauptstadt“

Die Ansprache des Führers

bei der Grundsteinlegung zum Haus des deutschen Fremdenverkehrs

W Berlin. In seiner kurzen Ansprache betonte der Führer einleitend, daß mit der Grundsteinlegung zum Haus des deutschen Fremdenverkehrs zugleich der Grundstein zum ersten Bauwerk an der künftig größten Straße der Reichshauptstadt gelegt werde.

Die Planung dieser Straße sei das Ergebnis vieler und eingehender Überlegungen. Der Verkehr der Reichshauptstadt werde sich in den kommenden Jahrzehnten nicht vermindern, sondern fortgesetzt steigern. Es sei daher nicht zweckmäßig, die Regelung dieses Verkehrs auf eine Zeit zu verschieben, in der vermutlich eine praktische Lösung immer mehr unter größten Anforderungen gelingen könne. Schon heute sehe man, was es bedeute, eine größere Straße auf längere Zeit zu sperren und Umleitungen vorzunehmen. Man könne daraus ersehen, wie schwer dies erst in 20, 30 oder gar in 100 Jahren sein würde. Denn der Verkehr wüchse unangenehm um ein Vielfaches answachsen, wenn erst die Millionen von deutschen Volkswagen unserer Kraftfahrzeugflotte gewaltig erhöht würden.

„Es ist nicht nationalsozialistische Art“ — so fuhr der Führer fort — „in einem solchen Maße die Lösung wichtiger, schon heute voranschreitender Aufgaben der Hauptstadt zu überlassen, sondern es ist immer unser Grundgedanke gewesen, solche Probleme selbst anzulassen und auch selbst zu lösen! Deshalb sind die neuen großen Straßenzüge weniger für das Jahr 1938, 1939 oder 1940 bestimmt, sondern dafür, den mit Sicherheit voranschreitenden gigantischen gesteigerten Verkehr künftiger Jahrzehnte, ja Jahrhunderte aufzunehmen!“

Wir wollen jetzt, in einer Zeit, da es noch leichter möglich ist, dafür sorgen, daß später einmal die Stadt Berlin von jenen Verkehrsschwierigkeiten verschont bleibt, die wir in anderen Millionenstädten heute fast überall beobachten können! Und die Hauptstadt wird das, was heute vielleicht nicht alle verstehen, dann einmal als einen leuchtendsten Beweis empfinden und seine Durchführung als ein großes Glück ansehen!

So schaffen wir neben einer Anzahl von bedeutenden Rundstraßen vor allem zwei große Durchgangsstraßen durch Berlin: Die große Ost-West- und die große Nord-Süd-Straße. Ein Teil der Ost-West-Straße ist bereits im Bau und wird vermutlich schon in wenigen Monaten dem Verkehr übergeben werden können. Der Durchbruch nach dem Osten in derselben Breite wird die Aufgabe der kommenden Jahre sein. Und heute legen wir an dieser Stelle eigentlich auch den Grundstein zum Beginn der Arbeit an der Nord-Süd-Straße. Diese großen Straßenzüge werden ihre Fortsetzung bis zum großen Reichsautobahnring finden und damit in der Zukunft den von außen kommenden Autoverkehr bis in das Herz Berlins hineinleiten können. Beide Stra-

ßen sind, wie schon betont, nicht für das Jahr 1940 gedacht, sondern für kommende Jahrhunderte. Denn

ich glaube an ein ewiges Deutschland und damit auch an seine Hauptstadt!

So wie wir heute denen dankbar sind, die vor fast 300 Jahren die Straße „Unter den Linden“ planten und ins Leben riefen, so wird auch einmal in 300 Jahren eine Nachwelt uns dankbar sein!

Mit der Anlage dieser Straßen wollen wir zugleich auch die großzügige Regelung des Schulbusverkehrs verbinden, der nach wie vor der Träger der großen Massenbewegungen sein wird.

Mit diesen Bahnen werden in der Zukunft mehr noch als heute Millionen Menschen zu ihren Arbeitsstätten fahren. Auch dieses Problem wird damit großzügig gelöst und für eine weite Zukunft entschieden!

Und noch ein dritter Grund ist es, der uns bei diesem Werke leitet: „Wir wollen in das wülfürliche Baues eine planvolle Ordnung hineinbringen! Alle diese Gebäude hier, meine Volksgenossen, die im Laufe der nächsten 10, 15 oder 20 Jahre errichtet werden, würden auch so entstehen! Nur würde dann nach alter Erfahrung jeder so bauen, wie und wo er will. Alle diese Bauten, die auch sonst errichtet werden, werden unregelmäßiger geordnet und richtiger gelegt. Und ebenso werden viele andere Gebäude, deren Bau man nur immer wieder hinausschiebt, jetzt dazu beitragen, diesen Straßen ein großzügiges Aussehen zu geben.“

Der Führer wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß beispielsweise Berlin wohl als die einzige Hauptstadt der ganzen Welt bis heute noch keinen Justizpalast besitze. In etwa 10 Privathäusern, zerstreut in der ganzen Stadt, liege zur Zeit die Oberste Justizbehörde des Deutschen Reiches als Untermieter ihr Dasein. Das sei unerträglich für eine solche Stadt und eine Schande für das Reich, die nicht länger gebuldet werden könne. Es werde also auch ein Justizpalast in Berlin errichtet werden. Und das gleiche gelte für die meisten unserer Reichsverwaltungen. „Stellen Sie sich vor“ — so rief der Führer aus — „wohin wir kommen würden, wenn in einer solchen Stadt das Reich, das Land, die Bewegung, die Gemeinde, die Wirtschaft, der Handel, die Industrie usw. alle auf eigene Faust bauen, sich irgendwo einen Platz herausuchen und dort ihr Haus hin stellen würden.“

Das kann nur zu einem vollkommenen Chaos führen. Und hier allein habe ich eingegriffen und das Bauen in dieser Stadt in ganz bestimmte planmäßige Bahnen gelenkt! Und daraus wird nun das neue Berlin entstehen! Dazu kommt noch die Notwendigkeit, große neue Wohngebiete zu schaffen und sie in eine richtige Verbindung zu